

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (mit Post monatlich 2,30 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B. G. Dresden-11 / Hauptredaktion: Dresdener-Platz 17359 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18601
Erscheinung: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitage von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde.

Anzeigenpreise: Bei neuemmal geblottete Non-arrêtézeit oder deren Raum 0,30 RM für die Familienanzeigen 0,20 RM für die Familienanzeigen an dem dreifachen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Inaugural-Anzeige wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Zuerstung oder auf Nachzahlung der Druckgebühren.

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 6. November 1929

Nummer 259

Die Dresdner SPD läßt die Maste fallen

Ankündigung der Demonstration vor dem Landtag nur ein Bluff / Keine Weiterführung des Kampfes gegen die Regierungsvorlage, da nächstes Jahr der 9. November „Sonntag“! / Die Volkszeitung gesteht: Auch der deutschnationale Vizepräsident konnte nicht anders als handeln wie Wedel!

Antwort an die Demagogen:

Die Kommunisten rufen zum 7. November auf!

Dresden, den 6. November.

Was wir voraussetzten, ist nunmehr eingetroffen. Die radikalen Phrasenbrecher um Edel und Sander, die sich als Kämpfer gegen den Reaktionsvorstoß aufstellten, haben die Maste fallen lassen. Gestern abend (auch eine von der SPD Groß-Dresden einberufene Funktionärssitzung) hat, an der auch einige KPD-Funktionäre teilnahmen, weil der KPD-Mitunterzeichner hatte. In dieser Versammlung wurde durch die Landtagsabgeordneten Edel und Sander erklärt, daß die in den 3 öffentlichen Versammlungen vom Montag angekündigte Demonstration vor dem Landtag „überflüssig“ geworden sei und auch eine Weiterführung des Kampfes sich erübrige. Da dieses Jahr der 9. November belienlich bleibt und da er nächstes Jahr auf einen Sonntag fällt, sei auch für nächsten Jahr ein Kampf überflüssig. Damit ist das ganze Gebäude der Forderung, das die Edel und Sander unter dem Schilde des „Kampfes gegen den gesamten Reaktionsvorstoß“ aufrechterhalten, in sich zusammengebrochen. Die anwesenden Kommunisten wurden bei ihren Forderungen nicht gehört, eine Forderung auf Distinktion „taupfer“ abgelehnt. Immerhin war Edel gezwungen, die Aktivität der Kommunisten anzuerkennen, die vor dem Einzug in den Volksklub sofort angekündigte Handzettel ausreichten, in denen die Stellung der Kommunisten präzisiert und der Kampf gegen den gesamten Reaktionsvorstoß gefordert wurde. Dieser Handzettel schloß mit einem Aufruf zu dem

Feiern des 7. November

des Jahrestages der russischen Revolution, die mit allen Reaktionen radikal aufgeräumt hat und deren Feiern durch die bewährte Macht der Arbeiter gesichert wird und unantastbar ist. Die SPD-Funktionäre haben sich nach von ihren Führern wehren lassen. Die Arbeiter in den Betrieben dürfen es nicht zulassen, daß dieser schändliche Herrschaft dadurch gestützt wird, daß sie sich als Stimmwahl im Wahltag der SPD am 9. November mitgeschleppen lassen! Keine Klassenbewegung der Arbeiter! Unterläßt!

Demonstrieren mit den Kommunisten am 7. November für die Niedererschlagung der Reaktion durch die proletarische Revolution!

Die Begründung des Verrats

Über den Verlauf der gestrigen Funktionärssitzung der SPD erhalten wir folgendes Bericht:

Der Verrat der Vorhandlung und seine Forderung charakterisieren die Tatsache, daß es sich um eine reine SPD-Veranstaltung handelte. Neben den Landtagsabgeordneten Sander und Edel machte sich Krüger und Sander am Tisch breit. Als erster ergreift er in die Hand, um den parlamentarischen Verlauf der Auseinandersetzungen um den 9. November zu schildern. In grotesker Gegenüberstellung zu den radikalen Redensarten seines Reaktionsvorstoßes Edel erläuterte er, daß die Forderung des 9. November in parlamentarischer Ruhe erledigt hätte, wenn nicht die Heftigkeit der Reaktion sie zu dem Kampf gezwungen hätte. Der Verrat des 9. November bestünde in den „Erzungenhaftigkeiten“. Es handele sich auch nicht um die Form der Feiern, die wäre nicht von Bedeutung, es ginge nur gegen die gewollte Vermittlung der Arbeiterklasse. Der 1. Mai werde jedenfalls Feiertag bleiben. (Denkt an Stöckel!) Edel behauptete sich zunächst mit dem von den Kommunisten anerkennenden, daß er müsse die Aktivität der Kommunisten anerkennen, nur sei sie immer gegen die SPD gerichtet. (Gegen alle Feiern der Revolution!) Er versuchte dann, die Haltung der Kommunisten im Rechtsausschuß herabzusetzen, ein Widerspruch, das bereits in der Öffentlichkeit entlarvt worden ist. Auf die Haltung Wedels eingehend, erklärte er, daß Wedel im proletarischen Sinne die Geschäftsanordnung führte. (Wir haben an anderer Stelle eine Zusammenfassung der „proletarischen“ Geschäftsanordnungen und Hinweisverordnungen gegen die Vertreter der Opposition im Landtag veröffentlicht, die Herrn Wedel im wahren Lichte zeigt.) Er würde nochmals das Märchen auf, das von seinem eigenen Parteifreund Kraus widerlegt worden war, daß die Kommunisten bei der Wählerpräferenzwahl durch die Nichtbeteiligung an der Wahl Herrn Bünger in den Stille gelassen hätten. Auf einen Zuruf, ob er denn die Koalitionsdanks meinte, die dadurch gefördert worden sei, antwortete er, darauf wolle er jetzt nicht eingehen. Den 7. November könnte die deutsche Arbeiter nicht feiern, das könnten nur die von Rußland überbrachten. (Vorstoß der „Internationaler Sozialist“) Überdies sei er nie für den 11. August als Feiertag eingetreten. (Und Herr Sander, und Herr Braun, und Herr Müller?) Die Kampfentschlüsse der Kommunisten, Betriebsmobilisierung und Arbeiterdelegationen nach dem Landtag hätten ja nur organisatorischen Wert, mehr würden sie nicht bedeuten. Die bisherige Handhabung der Geschäftsanordnung habe den 9. November für dieses Jahr pervertet.

Und da nächstes Jahr der 9. November (soviel) auf einen Sonntag fällt, erübrigen sich weitere Maßnahmen

Wie zum Übermaßten November würde hoffentlich der Landtag anders ausfallen.

Damit gab er also die bisherige, von den Kommunisten aufgeworfene These, daß es sich nicht um einen Kampf für einen

normalen Feiertag, sondern um eine Zurückweisung eines Reaktionsvorstoßes von prinzipieller Bedeutung handelt, platt auf die Spitze zurückzuführen er auch auf die von ihm selbst in den Vorkonferenzen am Montag angekündigte Demonstration auf der Brühlischen Terrasse einwarben. Der ganze Zweck spielte darin, die SPD-Funktionäre aufzuklären, ihre Kritik zu schärfen, die SPD-Wahlmanifestation am 9. November zu schleppen. (Wahlberechtigte! Augen auf!)

Vom Vorstandlich wurde daraufhin eine Resolution verlesen, in der der SPD-Fraktion des Landtages das Vertrauen für ihre Haltung ausgesprochen wird. Daraufhin verlas Herr Sander, der sich als Generalsekretär im Landtag verstellte, das Wort. Als Generalsekretär ihm jedoch nur Ausführungen zur Geschäftsordnung zu machen.

Genosse Wähld

nagelte daraufhin in kurzen Worten die verächtliche Haltung der SPD fest, die darin gipfelt, daß die Feiern zur Klassenbewertung angekündigte Demonstration einfach fallengelassen wird. Das kennzeichnet den Charakter des sozialdemokratischen „Kampfes“. Der Vorstand verlor sich darauf auf die Reaktionsdemokratie. Genosse Wähld erklärte nunmehr offiziell die Versammlung als ihre Vertretersitzung betrachten. Genosse Wähld erklärte darauf für die 9. November Kommunisten, daß diese selbstverständlich gegen diese Resolution stimmen würden. Die Entscheidung wurde dann auch gegen die vier kommunistischen Stimmen angenommen.

Dieser Bericht kennzeichnet das schändliche Spiel, das die Dresdener Sozialdemokratische Partei mit der Kampfberedtheit der Arbeiter in den Betrieben treibt.

In den drei Versammlungen am Montag hatten die Redner ausdrücklich zur Steigerung der Stimmung der Versammelten eine Demonstration auf der Brühlischen Terrasse für die heutige Landtagsabgeordnete angekündigt. Daß die Redner schon damals

Sozialdemokraten übertreffen Bünger

Verbot des 7. November-Feiers durch Sozialdemokraten Hamburg, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die von der kommunistischen Partei für den 7. November einberufene Kundgebung aus Anlaß des 12. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution ist auf Veranlassung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Schönlank verboten worden.

Ebenso wie das Berliner Proletariat am 1. Mai die Straßen behauptet, wird auch die Hamburger Arbeiterklasse sich durch kein Verbot daran hindern lassen, am 12. Jahrestag der Oktoberrevolution auf der Straße keine Kompromißschlüsse für die Verteidigung des sozialistischen Aufbaues Kampfplatzes zu demonstrieren.

Drei Revolutionskundgebungen

★ am 7. November

Annensäle
Hammers Hotel
Orpheum

20 Uhr

Vorher Fackelzüge / Stellplätze 2. Seite

Redner: Räder, Siegel, Sandermann

Mitwirkende:

Rote Raketen, Blaue Blusen, Rote Trommler

nicht an die Durchführung glauben, beweist der Vernehmlichungsbericht in der gestrigen Nummer der Volkszeitung, in dem mit keinem Wort die Ankündigung der Demonstration erwähnt ist. Dafür bruchte die Volkszeitung selbst die Entschuldig des Innenministeriums ab, wonach die Durchführung einer Demonstration auf der Brühlischen Terrasse unmöglich sei. Daran knüpft die Volkszeitung den erbärmlichen Kommentar, daß die Verammlung nur „parlamentarisch angedeutet“ gemeldet sei.

Damit ist die heutige Demonstrationenankündigung, die als Ventil für den Kampfwillen der Arbeiterklasse gegen den Reaktionsvorstoß losgelassen werden war, als ein ganz gemeiner Bluff entlarvt.

Der Versuch, die Entwicklung des Kampfes gegen den Reaktionsvorstoß zu bremsten, wird durch die Tatsache einseitig widerlegt. Kurz nach der Bekanntgabe der Regierungsvorlage, bereits am 8. Oktober hatte die „Arbeiterstimme“ unter der Überschrift:

„Eine neue Propaganda“ — „Anschlag der Bünger-Regierung auf den 9. November“

in einseitiger Weise den Reaktionsvorstoß charakterisiert und nach einer Überzeugung mit dem sozialdemokratischen Verrat an den demotierten Arbeitern und Soldaten einseitig gebührend aufgeregt.

Die schändlichen Arbeiter werden in allen Betrieben und Organisationen gegen den reaktionären Verrat Stellung nehmen und dabei die Rolle der Sozialdemokratie gebührend aufzeigen.“

In dieser einseitigen Stellungnahme haben sich die Kommunisten nicht betreten lassen. Sie sind von Anfang an der schärfsten Kritik an der jämmerlichen sozialdemokratischen Haltung entschieden aufgetreten gegen den Reaktionsvorstoß. Sie haben als erste und einzige die Notwendigkeit der außerparlamentarischen Mobilisierung gegen diese Propaganda der Bünger-Regierung aufgezeigt und wie die Bourgeoisie gerade außerparlamentarische Mobilisierung fördert, beweist ja die Unterjochung der Durchführung einer Demonstration in der Nähe des Landtagsgebäudes selbst. Das aber nennt Herr Edel den agitatorische Maßnahmen. ... Koch schändlicher ist jedoch der Versuch, die Haltung der sozialdemokratischen Mandatsträger Wedel zu verteidigen. In Vorkonferenzen und in den Funktionärssitzungen spielt sich Herr Wedel als der Ketter und energische Vertreter des Kampfes auf. Am Landtag selbst gibt er die lächerliche Erklärung ab, daß er die Vorgänge, d. h. die Diskussion und ihre Zusammenfassungen „auf seine behauerte“ und in der gestrigen Volkszeitung wird sogar noch oft erklärt, daß der deutschnationale Vizepräsident Wedel nicht anders hätte handeln können als der Sozialdemokrat Wedel.

Wörtlich heißt es in dieser „Ungeheuerliche“ Angriffe gegen den Genossen Wedel“ überdrückten Notiz:

„Sehr schade ist es, daß der deutschnationale Landtagsvizepräsident Wedel nicht die Selbsteinsicht hatte, bei den hürmlichen Sitzungen